



Verwaltungsrat

347. Tagung, Genf, 13.–23. März 2023

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 24. Februar 2023

Original: Englisch

Sechszehnter Punkt der Tagesordnung

Bericht über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der EntschlieÙung zur Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation

► Einleitung

1. Auf seiner 344. Tagung (März 2022) hat der Verwaltungsrat eine EntschlieÙung zur Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) angenommen. ¹ In der EntschlieÙung wird die IAO ersucht, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Zudem wurde das Amt ersucht, mit den Mitgliedsgruppen an der Entwicklung von Programmen zur Unterstützung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen zusammenzuarbeiten. Ferner wurde der Beschluss gefasst, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der IAO mit der Russischen Föderation gewährte Hilfe, mit Ausnahme von humanitärer Hilfe, vorübergehend einzustellen sowie Einladungen an die Russische Föderation zu den Sachverständigentagungen, Konferenzen und Seminaren, die im Ermessen des Verwaltungsrats liegen und deren Zusammensetzung von ihm festgelegt wird, auszusetzen.

¹ GB.344/Resolution.

2. Im Anschluss an den zweiten Bericht über die Umsetzung der EntschlieÙung hat der Verwaltungsrat auf seiner 346. Tagung (Oktober–November 2022) dem Generaldirektor nahegelegt, die Situation weiterhin zu verfolgen und geeignete Schritte zu unternehmen, um die Arbeitsrechte der Arbeitnehmer in der Ukraine zu schützen und die Nachhaltigkeit der Unternehmen zu fördern, auch in Gebieten, die gegenwärtig von der Russischen Föderation kontrolliert werden, und einschließlich der Arbeitnehmer in Kernkraftwerken und der Seeleute. Ferner wurde der Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, die Bemühungen um Aufrechterhaltung der Entwicklungszusammenarbeit oder fachlichen Hilfe für alle vom Fachunterstützungsteams der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbüro für Osteuropa und Zentralasien in Moskau (DWT/CO–Moskau) betreuten Länder der Subregion fortzuführen, sowie weiterhin die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Welt der Arbeit zu beobachten und dem Verwaltungsrat auf seiner 347. Tagung (März 2023) Bericht zu erstatten.² Mit dieser Vorlage wird dem Beschluss des Verwaltungsrats entsprochen. Sie bietet einen Überblick über die Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Welt der Arbeit in der Ukraine, den Nachbarländern und weltweit.³ Darüber hinaus beleuchtet sie die vom Amt zur Umsetzung der EntschlieÙung des Verwaltungsrats ergriffenen Maßnahmen oder geprüften Optionen.

► Allgemeine Entwicklungen

3. Die militärische Aggression Russlands hält mittlerweile seit über einem Jahr an. Sie richtet nach wie vor sowohl in den besetzten Gebieten als auch im übrigen Land Zerstörungen durch fortgesetzte Luftangriffe und Schäden an der Energieinfrastruktur und den Unternehmen in den umkämpften Gebieten an. Unterbrechungen der Gas-, Wasser- und Stromversorgung haben den Menschen, ihrer Existenzgrundlage und den Unternehmen Schaden zugefügt. Zwar sind die Flüchtlingsströme abgeebbt, jedoch sind Vertreibungen mit über 8 Millionen Flüchtlingen und geschätzten 5,4 Millionen Binnenvertriebenen⁴ nach wie vor weit verbreitet. Die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte in den Aufnahmeländern sind nicht hinreichend dokumentiert; jüngste Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass der starke Flüchtlingszustrom sich nicht nachteilig ausgewirkt hat. Gleichwohl sind einige Aufnahmeländer mit Herausforderungen konfrontiert. Der Generaldirektor hat Mitte Februar die Republik Moldau besucht, wo er eine Vereinbarung über ein vom Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft finanziertes Projekt zur Unterstützung für die Umsetzung des Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit (DWCP) unterzeichnet hat. Dort konnte er sich mit eigenen Augen überzeugen, welche Bemühungen unternommen werden, um die Ausstrahlungseffekte des Konflikts in den Nachbarländern aufzufangen. Er versicherte die Mitgliedsgruppen der fortdauernden Unterstützung der IAO, um die negativen Auswirkungen zu lindern.
4. Im Anschluss an den Versuch der illegalen Annexion von vier ukrainischen Regionen durch die Russische Föderation am 4. Oktober 2022 hat die Generalversammlung der Vereinten Natio-

² GB.346/INS/PV, Abs. 546.

³ Die Daten in diesem Bericht spiegeln die Lage bis zum 17. Februar 2023 wider. Falls erforderlich, wird das Amt den Verwaltungsrat mündlich auf den neuesten Stand der Entwicklungen seit diesem Datum bringen.

⁴ UNHCR, [Operational data portal – Ukraine refugee situation](#) und [IOM Displacement Tracking Matrix](#), eingesehen am 9. Februar 2023.

nen die Resolution A/ES-11/L.5⁵ verabschiedet. Darin wird erklärt, dass die Annexion keine völkerrechtliche Gültigkeit hat. Am 18. Oktober 2022 hat die internationale unabhängige Untersuchungskommission zur Ukraine der UN-Generalversammlung ihren ersten ausführlichen schriftlichen Bericht vorgestellt. Darin stellt sie fest, dass stichhaltige Gründe für die Annahme sprechen, dass Kriegsverbrechen begangen wurden.⁶

5. Am 25. Oktober 2022 hat die deutsche Bundesregierung unter ihrem G7-Vorsitz gemeinsam mit der Europäischen Kommission in Berlin eine internationale Expertenkonferenz zum Wiederaufbau der Ukraine ausgerichtet, auf der Pläne für eine koordinierte Geberplattform für die Hilfen des öffentlichen und des privaten Sektors dargelegt und erörtert wurde, wie die Nachhaltigkeit der Wiederaufbaubemühungen gewährleistet werden kann.⁷ Am 13. Dezember 2022 haben die Regierungen Frankreichs und der Ukraine in Paris gemeinsam die Internationale Konferenz zur Unterstützung des ukrainischen Volkes ausgerichtet.⁸ Die Mitglieder sagten neue Leistungen von bis zu 1 Milliarde Euro für Soforthilfe, insbesondere für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, zu und vereinbarten, die Koordinierung der Geberbemühungen zu verbessern, unter anderem die Abstimmung zwischen humanitärer und Wiederaufbauhilfe. Am 3. Februar 2023 fand in Kiew ein gemeinsam von der Europäischen Union und der Ukraine organisiertes Gipfeltreffen statt, auf dem die EU ihr Bekenntnis zur Unterstützung einer raschen Erholung und eines zügigen Wiederaufbaus bekräftigte und zusätzliche Finanzhilfen und Unterstützung für Reformen zusagte. Dies unterstreicht die ungebrochene Unterstützung der Geber für die Ukraine, ist aber auch Ausdruck der dringenden Bedürfnisse des ukrainischen Staats zur Gewährleistung funktionierender Dienstleistungen. Daten von Anfang Dezember 2022 zufolge sind insgesamt 88 Milliarden Euro an finanzieller und humanitärer Hilfe für die Ukraine zugesagt worden; gleichwohl ist die Kluft zwischen Zusagen und Auszahlung nach wie vor erheblich, insbesondere im Fall der EU.⁹

► Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Lebensgrundlagen und Unternehmen

6. Neben den humanitären Kosten der Aggression gegen die Ukraine sind die Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation verheerend. Aufgrund der geringen Verfügbarkeit von Daten können die Folgen für die Arbeitswelt nur annähernd geschätzt werden; sie sind daher mit großer Unsicherheit behaftet. Ungeachtet dessen deuten die Schätzungen der IAO auf einen verheerenden Arbeitsplatzverlust in der Ukraine hin.
7. Die zehnte Ausgabe des ILO Monitor on the world of work enthält Schätzungen, denen zufolge die Beschäftigung in der Ukraine im Jahr 2022 um 15,5 Prozent zurückgegangen ist. Das

⁵ Generalversammlung der Vereinten Nationen, Elfte Notstandssondertagung, [Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen](#), A/ES-11/L.5, 7. Oktober 2022.

⁶ [Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Ukraine](#), A/77/533, 18. Oktober 2022, Abs. 109.

⁷ Deutsche Bundesregierung, [„Expertenkonferenz zum Wiederaufbau der Ukraine“](#).

⁸ Französische Regierung, Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten, [„International Conference in Support of the Ukrainian People: Statement by the French and Ukrainian Co-Chairs \(13. Dezember 2022\).“](#)

⁹ Daten entnommen aus Arianna Antezza et al., [„The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?“](#) Kiel Arbeitspapier, Nr. 2218, 1-65 (Aktualisierung vom 7. Dezember 2022).

entspricht einem Verlust von 2,4 Millionen Arbeitsplätzen.¹⁰ Die Beschäftigungsprognosen der IAO auf der Grundlage aktueller gesamtwirtschaftlicher Berechnungen deuten für 2023 auf eine stagnierende Aktivität hin, denn die Leistungsfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft und ihres Arbeitsmarkts wird durch die Kampfhandlungen nach wie vor erheblich eingeschränkt. Ausgehend von der Annahme, dass der gegenwärtige Zustand der Sicherheitslage über das gesamte Jahr annähernd gleichbleiben wird, rechnet das Amt mit einem Beschäftigungswachstum von gerade mal 0,5 Prozent. Das entspricht einem Zuwachs von nur 70.000 Arbeitsplätzen. Die verbreiteten Raketen- und Drohnenangriffe und die damit einhergehenden Sicherheitsprobleme und Stromausfälle haben die aufkeimende Erholung ausgebremst und belasten die Aussichten für 2023 schwer.¹¹ Die Prognosen für den Arbeitsmarkt sind mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet, selbst wenn sich keine signifikanten Änderungen in der Entwicklung des Konflikts ergeben. Diese Unsicherheit spiegelt sich in dem breiten Prognoseintervall für das Beschäftigungswachstum 2023 wider, das von 5,8 Prozent Rückgang (entsprechend einem erneuten erheblichen Abschwung) bis 6,8 Prozent Zuwachs (entsprechend einem spürbaren Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt) reicht. Es ist unwahrscheinlich, dass es zu einer dauerhaften Erholung und einem starken Beschäftigungswachstum kommt, solange sich die Sicherheitslage nicht entscheidend verbessert. Ein Ende der Kampfhandlungen würde außerdem mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer außergewöhnlich schnellen Erholung einhergehen.¹²

8. Ein großer Teil der ukrainischen Arbeitnehmer ist aus dem Land geflüchtet und im Ausland geblieben. Das hat das Arbeitskräfteangebot erheblich geschmälert. Die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge beträgt mittlerweile über 8 Millionen; allerdings ist sie in den letzten Monaten im Vergleich zu den Anfangstagen des Konflikts langsamer gewachsen. Die IAO schätzt, dass ungefähr 1,7 Millionen Flüchtlinge, in der überwiegenden Mehrheit Frauen, vor ihrer Flucht in der Ukraine erwerbstätig waren. Der Anteil dieser ehemals in der Ukraine erwerbstätigen Flüchtlinge entsprach 11 Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung des Landes; noch höher war ihr Anteil in Berufskategorien wie Dienstleistungen und Verkauf, akademische Fachkräfte, Führungskräfte, Bürokräfte und verwandte Berufe, Techniker und vergleichbare Fachkräfte. Betrachtet man die Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftssektoren, so war vermutlich das Personal in Groß- und Einzelhandel, Bildung, Gesundheit und sozialen Dienstleistungen überproportional stark von den Flüchtlingsströmen aus dem Land betroffen. In diesen Sektoren waren fast 40 Prozent der ehemals erwerbstätigen Geflüchteten vor dem Konflikt beschäftigt.¹³
9. Die Wirtschaft insgesamt ist stark eingebrochen. Schätzungen zufolge schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im letzten Quartal 2022 um 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.¹⁴ Obwohl die Maßnahmen der ukrainischen Nationalbank und die finanzielle Unterstützung der Geber zu einer Stabilisierung der Kerninflation beigetragen haben, ist diese 2022 auf 22,6 Prozent gestiegen. Hinter der Gesamtzahl versteckt sich der durch Angriffe auf die Energie-

¹⁰ IAO, *ILO Monitor on the world of work. Tenth edition*, 31. Oktober 2022. Das Prognoseintervall bei einem Konfidenzniveau von 95 Prozent entspricht einem Beschäftigungsrückgang zwischen 8,2 und 22,7 Prozent.

¹¹ Beispiele für die jüngste Verschlechterung der Wirtschaftslage finden sich im Bericht der Ukrainischen Nationalbank *Monthly Macroeconomic and Monetary Review* von Januar 2023.

¹² Bei den neueren Schätzungen wurde die in der zehnten Ausgabe des *ILO Monitor* beschriebene Methodik genau befolgt, indem die Beschäftigungs-Output-Elastizität geschätzt wurde. Quelle der BIP-Wachstumsprognose für 2023 ist die Economist Intelligence Unit. Die Elastizitätsschätzung beruht auf einem linearen Regressionsmodell mit einer Stichprobe von 62 Ländern im Jahr 2021. Wird dieses Jahr ausgewählt, kann das Modell den Grad der Erholung nach einer plötzlichen Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivität erfassen.

¹³ Siehe UNHCR, „Ukraine situation: Regional protection profiling and monitoring factsheet“, 21. Dezember 2022.

¹⁴ Ukrainische Nationalbank, „Speech by NBU Governor Andriy Pyshnyy at Press Briefing on Monetary Policy Decisions“, 26. Januar 2023.

infrastruktur verursachte besonders heftige Anstieg der Energiepreise von 69,4 Prozent im letzten Jahr, der Unternehmen und Haushalte vor immense Herausforderungen stellt.¹⁵

10. Eine kürzlich von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen durchgeführte Bewertung deutet darauf hin, dass jeder vierte in der Agrarproduktion tätige ländliche Haushalt die landwirtschaftliche Erzeugung infolge des Konflikts verringert oder eingestellt hat.¹⁶ Das wirkt sich negativ auf die Existenzgrundlagen ländlicher Haushalte aus und unterbricht die lokalen Wertschöpfungsketten, denn obwohl die ländlichen Haushalte nicht als Teil der kommerziellen Landwirtschaft gelten, entfällt ein Drittel der landwirtschaftlichen Erzeugung auf sie.
11. Hinsichtlich der Beschäftigten in den Kernkraftwerken, insbesondere im Kraftwerk Saporischja, ist die IAO in Kontakt mit den zuständigen UN-Organisationen (der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)) sowie mit den einschlägigen Gewerkschaften, um ein besseres Verständnis der Lage vor Ort zu gewinnen. Zwar gilt die Sorge hauptsächlich der potenziell erhöhten Strahlenexposition der Beschäftigten, jedoch können auch die Erschöpfung und der Stress, unter denen die Beschäftigten in den Kernkraftwerken zu leiden haben, schwerwiegende Auswirkungen auf ihre Sicherheit und ihre Gesundheit haben. Wesentliche Ursachen für den Stress sind die reduzierte Personaldecke, Ermüdung infolge überlanger Arbeitszeiten und zusätzlicher Schichten, psychische Belastung aufgrund des andauernden militärischen Konflikts, namentlich aufgrund der ständigen Explosionen in der Nähe des Kernkraftwerks Saporischschja, wie der Generaldirektor der IAEA berichtet,¹⁷ sowie die Trennung von Familienangehörigen, die aus der Region geflohen sind. Zudem wird das Personal des Kernkraftwerks Saporischschja nachweislich immer wieder gedrängt, neue Arbeitsverträge mit dem russischen Staatskonzern für Atomenergie Rosatom zu akzeptieren, während der staatliche Betreiber der Ukraine Energoatom sie drängt, dies nicht zu tun.¹⁸ Solcherart Druck gibt Anlass zu Sorge; nicht nur in Bezug auf die Arbeitsverträge und mögliche Situationen von Zwangsarbeit, sondern auch in Bezug auf die potenziellen Konsequenzen für die Sicherheit und den Strahlenschutz.
12. Vor diesem Hintergrund hat der Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen der IAO (CEACR) die Frage der arbeitsbedingten Strahlenexposition der Beschäftigten in Kernkraftwerken auf seiner Tagung im November–Dezember 2022 im Rahmen der Prüfung der Durchführung des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, und des Übereinkommens (Nr. 155) über den Arbeitsschutz, 1981, erörtert und auf die Berichte der IAEA über die schwerwiegenden Risiken für die Sicherheit und Integrität des Kraftwerks Saporischschja verwiesen. Der CEACR hat nachdrücklich dazu aufgerufen, alles Erforderliche zu tun, um die Sicherheit und Gesundheit des Personals von Kernkraftwerken zu schützen. Insbesondere drängte er auf eine verstärkte Umsetzung des Übereinkommens Nr. 115, das sowohl von der Ukraine als auch von der Russischen Föderation ratifiziert wurde. Damit soll ein wirksamer Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen bei der Arbeit gewährleistet werden. Darüber hinaus beleuchtet ein Bericht der IAEA die physischen Gefahren durch Landminen, die das Leben der Kraftwerksbeschäftigten bei den

¹⁵ Ukrainische Nationalbank, „NBU 2022 Inflation Update“, 11. Januar 2023.

¹⁶ FAO, *Ukraine: Impact of the War on Agriculture and Rural Livelihoods in Ukraine – Findings of a Nation-Wide Rural Household Survey*, Dezember 2022.

¹⁷ IAEA, „Update 144 – IAEA Director General Statement on Situation in Ukraine“, 26. Januar 2023.

¹⁸ IAEA, „Nuclear Safety, Security and Safeguards in Ukraine: Report by the Director General“, 10. November 2022.

aufgrund der häufigen Bombardierungen im Umfeld des Kraftwerks Saporischschja erforderlichen Reparaturarbeiten bedrohen. Auch geben zahlreiche Schilderungen von Festnahmen leitender Angestellter des Kraftwerks durch russisches Militär Anlass zu Besorgnis.¹⁹ Im September 2022 gab die ukrainische Gewerkschaft der Arbeitnehmer in Kernkraftwerken und Atomindustrie (Atomprofspilka) an, dass über 200 Arbeitnehmer festgenommen worden seien.²⁰ Als Reaktion auf die Ergebnisse zahlreicher Überwachungsmissionen hat die IAEA im Dezember 2022 beschlossen, Sachverständige für nukleare Sicherheit in sämtliche Kernkraftwerke der Ukraine zu entsenden; mittlerweile sind alle vor Ort.²¹ Zur besseren Überwachung von Verletzungen der Arbeitnehmerrechte hat die IAO zudem den Austausch zwischen dem OHCHR und nationalen und internationalen Gewerkschaften gefördert. Damit soll gewährleistet werden, dass diese Fälle in den in Kürze erscheinenden Berichten der Mission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte in der Ukraine berücksichtigt werden.²²

- 13.** Hinsichtlich der Verpflichtungen der Russischen Föderation aus dem Seearbeitsübereinkommen, 2006, in seiner geänderten Fassung (MLC, 2006) hat der CEACR auf seiner Tagung im November–Dezember 2022 die gravierende Lage der Seeleute in der Ukraine gewürdigt und darauf hingewiesen, dass zehn Monate nach Ausbruch der Krise immer noch 65 Schiffe, die unter den Flaggen von über 20 Staaten fahren, mit etwa 315 Seeleuten an Bord in den ukrainischen Häfen festliegen und nicht in Sicherheit auslaufen können. Zudem haben die Seeleute an Bord der Schiffe, die im Rahmen der Schwarzmeer-Getreide-Initiative fahren und damit zur Vermeidung einer Hungersnot und zur Stabilisierung der Lebensmittelpreise beitragen, bei der Fahrt durch vermintes Gewässer ihr Leben riskiert. Der CEACR würdigte ihren Mut und unterstrich die grundlegende Bedeutung der Wahrung der im MLC, 2006 verankerten Rechte von Seeleuten. Das Amt organisiert weiterhin regelmäßige Treffen mit der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) und Vertretern der ukrainischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr, der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der Internationalen Schifffahrtskammer sowie einer Reihe von Wohlfahrtsorganisationen für Seeleute, bei denen die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Seeleute zur Sprache kommen. Diese Treffen bieten die Chance, mit den einschlägigen internationalen Gremien in Fragen der Schutzmaßnahmen zusammenzuarbeiten.
- 14.** Die darüber hinausgehenden Auswirkungen auf globaler und regionaler Ebene sind weiterhin unklar; anfängliche Befürchtungen hinsichtlich der Folgen für die Nachbarländer scheinen sich jedoch nicht in vollem Umfang zu bewahrheiten. Neuere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass zahlreiche Länder im Südkaukasus und in Zentralasien einen Anstieg der Heimatüberweisungen zu verzeichnen haben,²³ der allerdings zum großen Teil das Ergebnis einer Kapitalflucht aus der Russischen Föderation sein könnte, deren Bürger in diese Länder ausgewandert sind. Diese Kapitalflüsse haben erwartungsgemäß eine geringere Multiplikatorwirkung auf die Wirtschaft des Aufnahmelandes als die traditionellen Heimatüberweisungen, können aber in Zukunft zu Instabilitäten führen, insbesondere im Immobiliensektor der betroffenen Länder.

¹⁹ IAEA, Nuclear Safety, Security and Safeguards in Ukraine.

²⁰ IndustriALL, „IndustriALL Global Union Statement on Ukraine and Nuclear Workers“, 20. September 2022.

²¹ IAEA, Aktualisierte Fassung 144 zur Lage in der Ukraine.

²² Der nächste Bericht der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine wird voraussichtlich bis Ende März 2023 erscheinen; siehe <https://www.ohchr.org/en/countries/ukraine>.

²³ UN-Büro für Entwicklungskoordination, „Implications of the war in Ukraine on the SDGs and remittances in Europe and Central Asia“, erscheint demnächst.

► Auswirkungen auf die IAO-Mitgliedsgruppen, die Durchführung der DWCP und die Entwicklungszusammenarbeit

Ukraine

Regierung

15. Die wichtigsten Ansprechpartner der IAO in der ukrainischen Regierung – das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Sozialpolitik – sind nach wie vor voll funktionsfähig. Da die staatlichen Mittel aufgrund der infolge des massiven Einbruchs des BIP rückläufigen Steuereinnahmen knapper werden, ist die Regierung zunehmend auf die finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen.²⁴ Im Zeitraum zwischen Januar und Juli 2022 haben die Einnahmen des Staates nur 63 Prozent der Ausgaben abgedeckt. Die Lücke wurde durch monetäre Finanzierung der ukrainischen Nationalbank, ausländische Finanzhilfen und eine wachsende Auslandsverschuldung gedeckt. Die ausländischen Finanzhilfen machen fast 16 Prozent der Gesamteinnahmen aus – und über 40 Prozent des Fehlbetrags.²⁵
16. Die staatliche Arbeitsverwaltung ist ein wichtiger Partner der IAO bei der Förderung inklusiver Arbeitsmärkte. Sie durchläuft gerade größere Veränderungen aufgrund des durch den Konflikt verursachten Personlrückgangs und der Einführung digitaler Technologien. Ein wesentliches Ziel der Regierung ist es, das Budget für aktive Arbeitsmarktprogramme aufzustocken (von 800 Millionen auf 4,5 Milliarden ukrainische Hrywnja) und gleichzeitig die Dauer und Höhe der Arbeitslosenleistungen zu verringern (von zwölf auf drei Monate mit einer Pauschalleistung entsprechend dem Mindestlohn von 6.700 Hrywnja).²⁶ Die staatliche Arbeitsverwaltung hat zudem im November 2022 ein umfangreiches Programm öffentlicher Bauvorhaben unter dem Namen Armee für Wiederbelebung eingeführt, in das bis Mitte Januar 2023 4.500 Arbeitslose eingebunden waren. Weiterhin bietet die staatliche Arbeitsverwaltung eine passgenaue Stellenvermittlung für Unternehmen und Arbeitnehmer, die ihre Tätigkeiten aus den Kampfgebieten verlagert haben, sowie Beihilfen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen. Auf Ersuchen des Wirtschaftsministeriums berät die IAO die staatliche Arbeitsverwaltung zu rechtlichen Fragen, Digitalisierung von Dienstleistungen, Berufsberatung und Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen.
17. Ein weiterer wichtiger staatlicher Partner in der Ukraine ist die Arbeitsaufsicht. Da die Befugnisse der Arbeitsaufsicht unter dem Kriegsrecht eingeschränkt sind, hat die IAO Unterstützung bei der Anpassung der Dienstleistungen geleistet. Im Rahmen des Programms „Ukraine Works!“ bietet die Arbeitsaufsicht rechtliche Beratung zu Arbeitsverträgen und der Umsiedlung von Unternehmen, die unter Kriegsrecht operieren; 54.000 Unternehmen haben diese Dienstleistungen bereits angefordert. Mit Unterstützung der IAO hat die Arbeitsaufsicht eine Kampagne für Überzeugungsarbeit zu den Risiken von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung durchgeführt, die sich an die aus den Konfliktgebieten geflohenen Ukrainer richtete und

²⁴ Laut Premierminister Denys Shmyhal beträgt das für 2023 erwartete Haushaltsdefizit 38 Milliarden US-Dollar; es wird größtenteils vom Internationalen Währungsfonds (IWF), den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union gedeckt werden; siehe Euronews, „Ukraine Budget Deficit Seen at \$38 billion in 2023 – Interfax Quotes PM“, 15. September 2022.

²⁵ Tetiana Bogdan, „Ukraine’s Public Finances: Radical Change in Time of War“, in Monthly Report Nr. 10/2022, Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche.

²⁶ Diese Änderungen wurden mit den Sozialpartnern in den entsprechenden Parlamentsausschüssen diskutiert; jedoch wurden ihre Meinungen nicht immer angemessen berücksichtigt.

1,2 Millionen Menschen, in der Mehrheit Frauen, erreicht hat. Ferner führt die IAO auf Ersuchen der Regierung gegenwärtig eine Funktionsprüfung zur Bewertung der zukünftigen Tätigkeit der Arbeitsaufsicht nach dem Konflikt durch.

18. Ein weiterer wichtiger Bereich der Zusammenarbeit ist die Reform des Arbeitsrechts. Im September 2022 hat das Wirtschaftsministerium die IAO um ihre Bemerkungen zum aktuellen Entwurf für ein neues Arbeitsrecht ersucht, welches das derzeitige Arbeitsgesetzbuch von 1971 ersetzen soll. Eine fachliche Analyse ist bereits angelaufen. Die Gewerkschaften sind insbesondere besorgt über die Beschränkung des Geltungsbereichs des Arbeitsrechts und der internationalen Arbeitsnormen und haben ihre Bedenken den Aufsichtsmechanismen der IAO mitgeteilt. Es finden zwar Konsultationen mit den Sozialpartnern statt; dennoch nimmt das Amt die von einigen Sozialpartnern geäußerten Bedenken zu Kenntnis, die Konsultationen seien in Umfang und Häufigkeit unzureichend.²⁷
19. Auf seiner Tagung im November–Dezember 2022 hat der CEACR diese rechtlichen Entwicklungen in seinen Stellungnahmen zur Durchführung der Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, 1948, der Übereinkommen (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, und der Übereinkommen Nr. 155, geprüft und die gemeinsam vom Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) und der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU) gemäß Artikel 23 der Verfassung der IAO übermittelten Stellungnahmen sowie die Bemerkungen nach Artikel 23 des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) zum Übereinkommen Nr. 87 gewürdigt.
20. Mit Sorge nahm der CEACR den Vorwurf zur Kenntnis, der Gesetzesentwurf²⁸ sei ohne vorherige Anhörung der Sozialpartner dem Parlament vorgelegt worden. Er forderte die Regierung nachdrücklich auf, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit der Gesetzesentwurf in voller Abstimmung mit den maßgebenden Verbänden geprüft werden kann. Ferner ersuchte der CEACR die Regierung eindringlich zu gewährleisten, dass sämtliche verabschiedeten Rechtsreformen diesen drei grundlegenden Übereinkommen in vollem Umfang entsprechen. Zudem erinnerte der CEACR an den hohen Stellenwert, welcher der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den Aufbau, die Wiederherstellung oder die Stärkung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden als Antwort auf Krisensituationen beizumessen ist, so wie in der Empfehlung (Nr. 205) betreffend Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz, 2017, festgelegt. Bezüglich des Vorwurfs, das Gesetz Nr. 2136-IX vom 15. März 2022 über die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen unter Kriegsrecht sei ohne

²⁷ Zahlreiche störende Einflüsse, die auf die Funktionsfähigkeit des Nationalen Dreigliedrigen Sozial- und Wirtschaftsrats einwirken, haben einen angemessenen sozialen Dialog behindert, das Vertrauen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern geschwächt und angemessene Diskussionen über die Reformen erschwert.

²⁸ Die Bemerkungen gemäß Artikel 23 bezogen sich auf i) Entwurf eines Arbeitsgesetzes; ii) Gesetzesentwurf Nr. 2332 vom 29. Oktober 2019 über die Abänderung bestimmter Rechtsakte betreffend das Verfahren zur Feststellung der Repräsentativität von Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbänden in den Gremien für Sozialdialog; iii) Gesetzesentwurf Nr. 2682 vom 27. Dezember 2019 über Streiks und Aussperrungen; iv) Gesetzesentwurf Nr. 2681 vom 27. Dezember 2019 über die Abänderung bestimmter Rechtsakte der Ukraine (betreffend einige Belange der Gewerkschaftstätigkeit); v) Gesetzesentwurf Nr. 7025 vom 4. Februar 2022 über Selbstregulierungsorganisationen; vi) Gesetz Nr. 6420 über die rechtliche Regelung des Eigentums der staatlichen All-Unions-Verbände (Organisationen) der früheren UdSSR (vom Dezember 2021); vii) Gesetzesentwurf Nr. 6421 über ein Moratorium für die Veräußerung von Eigentum der staatlichen All-Unions-Verbände (Organisationen) der früheren UdSSR; viii) Gesetzesvorlage Nr. 3204 über die Abänderung bestimmter Rechtsakte der Ukraine betreffend die Gültigkeit von Kollektivvereinbarungen; ix) Gesetzesvorlage Nr. 7628 über Kollektivvereinbarungen und Abkommen und x) Gesetzesentwurf über Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit. Ferner hat der CEACR Behauptungen bezüglich Gesetz Nr. 2434-IX über die Abänderung bestimmter Rechtsakte betreffend die Vereinfachung der Regulierung von Arbeitsbeziehungen im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen und die Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen geprüft.

vorherige Anhörung der Sozialpartner verabschiedet worden und beschränke die Ausübung des Vereinigungsrechts, würdigte der CEACR den außergewöhnlichen Charakter dieses Gesetzes und vertraute darauf, dass es für null und nichtig erklärt werde, sobald der Kriegszustand aufgehoben worden sei. Was die Bemerkungen des IGB nach Artikel 23 anbelangt, so sind sämtliche relevanten Informationen an die beteiligten Parteien und an den Ausschuss für Vereinigungsfreiheit weitergeleitet worden.

21. Die Regierung hat eine große Anzahl Arbeitsrechtsreformen auf der Agenda (beispielsweise Gesetzesänderungen zum Arbeitsschutz, zu Urlaubsregelungen, zu Kollektivvereinbarungen und zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten), zu denen die IAO eine Fülle an fachlichen Kommentaren beigetragen hat, um die Einhaltung der internationalen Arbeitsnormen, des EU-Besitzstands und bewährter internationaler Praktiken zu fördern. Überdies hat die IAO auf Ersuchen der Regierung eine Analyse der Rechtslücken in Bezug auf acht IAO-Übereinkommen erarbeitet, deren Ratifizierung die Regierung anstrebt. Das Amt verfolgt die Rechtsentwicklung weiterhin aufmerksam und steht bereit, die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen im Land zu unterstützen.
22. Die ukrainischen Institutionen für fachliche und berufliche Aus- und Fortbildung haben die IAO um Unterstützung bei der Erstellung von E-Learning-Konzepten gebeten, mithilfe derer den ukrainischen Auszubildenden im In- und Ausland Berufsbildung unter den gegenwärtigen Sicherheitsbedingungen und darüber hinaus angeboten werden kann. Als Ergebnis wurde im Dezember 2022 die E-Learning-Plattform „Vocational Training Online“ eingeführt, die sich an 250.000 Auszubildende und 35.000 Ausbilder richtet. Die Plattform ist Smartphone-fähig und für Personen mit Behinderung zugänglich und wird in Zukunft auch die Weiterqualifizierung erwachsener Arbeitnehmer unterstützen.
23. Das Ministerium für Sozialpolitik erwägt eine Reform des Rentensystems mit der Einführung einer verpflichtenden kapitalgedeckten Säule der Altersvorsorge und hat sich an die IAO gewandt, um sicherzustellen, dass die Einführung einer neuen Säule in das Rentensystem im Einklang mit den in den IAO-Normen zur sozialen Sicherheit festgelegten Grundsätzen und Kriterien steht. Das Amt wird weiterhin darüber wachen, dass die Sozialpartner angemessen konsultiert werden.
24. Die derzeitigen organisatorischen und rechtlichen Reformen machen deutlich, dass die Hilfe für die Ukraine humanitäre, finanzielle und entwicklungsbezogene Unterstützung parallel beinhalten muss anstelle eines mehrstufigen Ansatzes, bei dem die Entwicklungshilfe in einer späteren Phase einsetzen würde. Die ukrainischen Mitgliedsgruppen möchten jetzt die Grundlagen für einen raschen Erholungs- und Wiederaufbauprozess legen – darauf haben sie in ihrem Gespräch mit dem Generaldirektor am 8. Februar 2023 wiederholt hingewiesen.

Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen

25. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sind weiterhin funktionsfähig, aber durch die Kampfhandlungen stark beeinträchtigt. Besondere Sorge bereiten den Sozialpartnern der Verlust an Mitgliedsbeiträgen und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf ihre finanzielle Lage. Im Gegensatz zu den staatlichen Einrichtungen erhalten die Sozialpartner, abgesehen von einigen Spenden von Schwesterorganisationen und der Unterstützung durch die IAO, keinerlei Finanzhilfe von der internationalen Gemeinschaft. Zusätzliche Ressourcen werden benötigt, um den Sozialpartnern zu helfen, ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten und die angebotenen Dienstleistungen weiter anzupassen. Angesichts sinkender Mitgliedsbeiträge werden die nächsten Monate darüber entscheiden, ob sie in der Lage sind, funktionsfähig zu bleiben.

26. Die zwei größten Gewerkschaften, die FPU und der KVPU, stellen nach wie vor beträchtliche Mittel zur Verfügung, um den vor dem Konflikt geflohenen Binnenvertriebenen zu helfen. Die FPU hat eine ganze Reihe ihrer Immobilien, darunter Hotels und Sanatorien, umgewidmet, um Binnenvertriebenen Unterkunft und Verpflegung zu bieten. Seit Beginn des Konflikts haben über 70.000 Binnenvertriebene mindestens eine Nacht in einer der Gewerkschaftsimmobilien verbracht. Darüber hinaus hat die KVPU Binnenvertriebene und Gewerkschaftsmitglieder mit der Verteilung von über 30 Tonnen Lebensmitteln unterstützt. Die IAO hat zu diesen Bemühungen beigetragen.
27. Die drei nationalen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände der Ukraine – die Föderation der Arbeitgeber der Ukraine (FEU), die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Ukraine (OORU) und der Bund der Arbeitgeber der Ukraine (CEU) – schätzen, dass 50 bis 60 Prozent ihrer Mitgliedsunternehmen mit einer Kapazitätsauslastung unter dem Niveau der Vorkriegszeit arbeiten oder die Produktion ganz eingestellt haben, wobei die Anlagen einiger Unternehmen in den Kampfgebieten vollständig zerstört wurden.
28. Die schwierige Lage hat die Bereitschaft der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, ihren Mitgliedern und ihren Gemeinschaften zu dienen, nicht geschmälert, und sie haben sich an der Verteilung der Nothilfe beteiligt. Mit Unterstützung der IAO hat die FEU von Mitgliedsunternehmen nach einem Auswahlverfahren Lebensmittel und Hygienepakete gekauft, die an 15.000 binnervertriebene Ukrainer verteilt wurden. Zudem hat die IAO den Kontakt zwischen humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und den Arbeitgeberorganisationen hergestellt, die sich für eine verstärkte lokale Beschaffung der humanitären Hilfe einsetzen.
29. Ferner haben die IAO und die ukrainischen Arbeitgeber ihre Arbeit im Rahmen der Entwicklungsagenda wieder aufgenommen. Die FEU hat mit der Umsetzung einer neuen Dienstleistung für ihre Mitglieder begonnen, mithilfe derer die Vermittlung von Kontakten und die Förderung ukrainischer Produzenten auf dem EU-Markt erleichtert wird. Die OORU hat einen Ausbildungs- und Beratungsdienst zu Geschäftskontinuität und Resilienz eingeführt. Der CEU hat angesichts der infolge des Konflikts wachsenden Zahl an Personen mit Behinderungen begonnen, die Unternehmen bei der Eingliederung dieser Menschen in die Arbeitsstätten zu unterstützen.

Fachunterstützungsteam für menschenwürdige Arbeit und Landesbüro für Osteuropa und Zentralasien

30. Das Amt kann bestätigen, dass das DWT/CO-Moskau weiterhin fachliche Zusammenarbeit und Unterstützung für sämtliche Länder der Subregion ²⁹ bietet, ohne dass es nennenswerte Behinderungen für die Bereitstellung ihrer Dienstleistungen gäbe. Trotz der Herausforderungen und der außergewöhnlichen Umstände hält das DWT/CO-Moskau nach wie vor seine Dienstleistungen für die Mitgliedsgruppen aufrecht, führt seine Projekte und Programme durch und kommt den Anfragen der Partner nach, auch unmittelbar durch eine Anzahl technischer Beratungsmissionen, die der früherer Zweijahresperioden entspricht. Zu den erbrachten Leistungen zählen die Unterstützung bei der Behandlung der Bemerkungen der IAO-Aufsichtsorgane, Orientierungshilfe zur Ratifizierung internationaler Arbeitsnormen und einer verbesserten Berichterstattung diesbezüglich sowie fachliche Unterstützung für Rechtsreformen und Bemühungen zur Streitbeilegung. Das DWT/CO-Moskau hat Unterstützung für nationale Beschäftigungsstrategien geleistet und staatliche Arbeitsverwaltungen gestärkt. Bei der Unterstützung für den Sozialschutz ging es vornehmlich um die Umsetzung eines sozialen Basisschutzes und

²⁹ Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan and Usbekistan.

die Anpassung der Gesetze an internationale Normen. Nach der Aufnahme eines sicheren und gesunden Arbeitsumfelds in die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit hat das DWT/CO–Moskau Unterstützung für Analysen von Rechtslücken und für entsprechende legislative Maßnahmen geleistet. Zudem hat es Analysen bestehender Rechtsvorschriften erstellt und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände bei der Stärkung ihrer Kapazitäten für den sozialen Dialog unterstützt.

31. Unabhängig vom Konflikt hat der Generaldirektor auf Ersuchen der georgischen Mitgliedsgruppen beschlossen, die Verantwortung für Georgien dem Fachunterstützungsteam der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbüro für Mittel- und Osteuropa (DWT/CO–Budapest) zu übertragen. Dies ist Ausdruck des Bestrebens Georgiens, der Europäischen Union beizutreten, nachdem der Europäische Rat am 23. Juni 2022 dem Land eine EU-Perspektive zuerkannt hat. Dieser EU-Perspektive könne vom DWT/CO–Budapest besser Rechnung getragen werden; es hat im Laufe der Jahre bereits zahlreiche Länder der Subregion in Bezug auf den EU-Besitzstand beraten.

► Handlungsbereiche

32. Im Mittelpunkt der Unterstützung der IAO für die Ukraine stehen weiterhin die wirtschaftliche Stabilisierung, der Erhalt von Arbeitsplätzen und – wo immer die Bemühungen anderer UN-Organisationen ergänzt werden können – humanitäre Bedürfnisse. Das von den Regierungen Deutschlands, Dänemarks, Kanadas, Schwedens und Tschechiens³⁰ sowie der Europäischen Union finanzierte umfangreiche Portfolio der IAO für Entwicklungszusammenarbeit von 13 Millionen US-Dollar aus der Zeit vor dem Konflikt wurde 2022 umgewidmet und hat dazu beigetragen, einige der dringendsten Bedürfnisse der IAO-Mitgliedsgruppen zu befriedigen. Dennoch bestehen in der Ukraine offenkundiger Bedarf an und Nachfrage nach mehr Unterstützung der IAO, um die Herausforderungen der wirtschaftlichen Stabilisierung und des Erhalts von Arbeitsplätzen zu bewältigen, die Verknüpfung zwischen humanitärer Hilfe und rascher Erholung und Entwicklung zu gewährleisten und die Ukraine auf ihrem Weg zu einer Integration in die Europäische Union zu unterstützen. Am 8. Februar 2023 hat der Generaldirektor ein virtuelles Treffen mit dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine abgehalten, bei dem die Grundzüge der zukünftigen Unterstützung der IAO erörtert und bestätigt wurden. Die Mitgliedsgruppen unterstrichen erneut die Bedeutung der Unterstützung durch die IAO und baten um eine Aufstockung der Hilfen.
33. Darüber hinaus nimmt die IAO an der zweiten Runde des Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment teil, um sicherzustellen, dass die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die unter das Mandat der IAO fallen, berücksichtigt werden. Bei der ersten Untersuchung, die von der Europäischen Kommission und der Weltbank durchgeführt wurde und an der keine UN-Organisation beteiligt war, fehlte eindeutig eine Bewertung der Auswirkungen auf die Beschäftigung.³¹ Die zweite Untersuchung wird voraussichtlich bis Ende März 2023 veröffentlicht und sollte als Grundlage für zukünftiges Engagement im Wiederaufbauprozess dienen.
34. Trotz des gestiegenen Bedarfs wird die Ressourcenmobilisierung der IAO für die Ukraine in der ersten Hälfte des Jahres 2023 voraussichtlich leicht zurückgehen, während die Ressourcenmobilisierung in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas voraussichtlich stabil bleiben oder

³⁰ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

³¹ Weltbank, *Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment*, 31. Juli 2022.

steigen wird. Der Umfang der Projekte, die in der Ukraine in den kommenden Monaten abgeschlossen werden (mit einem kumulierten Ausgabenvolumen von 4 Millionen US-Dollar), übersteigt den der neu zugesagten Mittel (2,6 Millionen US-Dollar). Dies ist hauptsächlich auf die Zurückhaltung der Geber zurückzuführen, die ihre Vorgehensweise angesichts der sehr instabilen und sich rasch wandelnden Sicherheitslage in der Ukraine noch nicht festgelegt haben. Viele Geber haben ihre Prioritäten für 2023 noch nicht beschlossen und noch nicht entschieden, ob sie Erholungs- und Wiederaufbauprojekte parallel zur finanziellen und humanitären Hilfe unterstützen werden oder erst das Ende des Konflikts abwarten sollten.

35. Zur Stärkung der Ressourcenmobilisierung hat die IAO:

- in Absprache mit den ukrainischen Mitgliedsgruppen sechs vorrangige Interventionsbereiche festgelegt und regelmäßig über die Durchführung Bericht erstattet;³²
- ein detailliertes Angebot fachlicher IAO-Dienstleistungen zur Unterstützung der Bemühungen um eine rasche Erholung der Ukraine veröffentlicht; dabei wurde der Schwerpunkt auf eine Linderung der Auswirkungen der Aggression gegen die Ukraine auf Beschäftigung, sozialen Schutz, Rechte bei der Arbeit und sozialen Dialog gelegt.³³ Das Dokument bietet einen flexiblen und modularen Ansatz für das Engagement der IAO im Rahmen des Nexus Humanitäre Hilfe – Entwicklungszusammenarbeit – Friedensförderung in einer von großer Unsicherheit und Unbeständigkeit gekennzeichneten Situation;
- zwei Rundtischgespräche mit Gebern geführt, die an einer Unterstützung der Arbeit der IAO in der Ukraine interessiert sind;
- einen detaillierten Plan für die Stärkung der Präsenz der IAO in der Ukraine mit dem Ziel ausgearbeitet, aktiv am Erholungs- und Wiederaufbauprozess mitzuwirken. Eine stärkere Präsenz in Kiew würde es der IAO ermöglichen, im täglichen Kontakt mit den Mitgliedsgruppen zu stehen und zeitnah auf ihre Bedürfnisse einzugehen, die Kapazitäten der IAO für die Verbesserung der Beteiligung an nationalen und internationalen Koordinierungsmechanismen zur Unterstützung der Ukraine auszubauen, die Zusammenarbeit mit dem UN-Landesteam zu vertiefen und die Ressourcenmobilisierung zu stärken.³⁴

36. Ferner hat das Amt 750.000 US-Dollar aus Mitteln des Haushaltszusatzkontos (HZK) für ein Projekt zur Förderung erschwinglicher Kinderbetreuung in der Ukraine zweckgebunden, um die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

37. Diese Investitionen des Amts sollten dazu beitragen, die Unterstützung der IAO für die Ukraine weiter auszubauen. Indem das Amt Erholungs- und Wiederaufbauprojekte jetzt unterstützt und dabei auf flexiblere, dezentralisierte Maßnahmen anstelle einiger weniger landesweiter Projekte abzielt, kann es in der gegenwärtigen Konfliktsituation die Mitgliedsgruppen besser unterstützen und das Risiko eines Scheiterns minimieren.

38. Für das DWT/CO–Moskau besteht die größte Herausforderung nach wie vor darin, die Finanzierungslücke für die Durchführung der Projekte in den übrigen Programmländern³⁵ zu schließen, die sich aus der Einstellung eines von LUKOIL finanzierten Projekts und der Ausset-

³² Siehe spezielle Webseite zu [the ILO's response to the Ukraine crisis](#).

³³ IAO, *Support for Ukraine Recovery: Introducing the ILO Service Offer*, 2022.

³⁴ Eine Entscheidung über die Ausgestaltung des Büros muss im Einklang mit der kommenden Aussprache über Programm und Haushalt der IAO für 2024–25 stehen.

³⁵ Belarus und die Russische Föderation sind davon ausgenommen. Gemäß der Entschliebung [GB.344/Resolution](#) werden keinerlei Mittel (einschließlich HZK) in diesen beiden Ländern eingesetzt oder beschafft.

zung einer geplanten Finanzierungsvereinbarung mit der Russischen Föderation ergeben hat. Dadurch ist ein Finanzierungsdefizit für die Durchführung von DWCP und anderen Programmaktivitäten in den in der Verantwortung des DWT/CO-Moskau liegenden Ländern entstanden. Die IAO hat kurzfristig 614.000 US-Dollar an HZK-Mitteln³⁶ mobilisiert, um einen Teil der Finanzierungslücke auszugleichen. So war es dem DWT/CO-Moskau möglich, die Programmaktivitäten fortzuführen; jedoch sah es sich gezwungen, einige der geplanten Aktivitäten zu streichen. Vor kurzem wurden zusätzliche 550.000 US-Dollar an HZK-Mitteln für die Stärkung der Kapazitäten der Mitgliedsgruppen zur Umsetzung von geschlechtertransformativen Politiken und Programmen in Usbekistan zugewiesen. Das Amt steht aktiv in Verhandlungen mit den aktuellen Gebern, um die bestehende Finanzierungslücke zu schließen. Darüber hinaus finden Gespräche mit potenziellen neuen Gebern sowie mit den innerstaatlichen Partnern in Ländern mit mittlerem Einkommen der oberen Mittelklasse statt. Mit der ersten Aufforderung zur Einreichung von Angeboten für den Vision-2030-Fonds in Usbekistan³⁷ hat das Amt in Zusammenarbeit mit anderen UN-Organisationen³⁸ vier gemeinsame Vorschläge eingereicht, die noch anhängig sind.

► Situation des IAO-Personals in der Ukraine und der Russischen Föderation

39. Die IAO beschäftigt aktuell zwölf Mitarbeiter in der Ukraine (ein nationaler Koordinator, zwei internationale Bedienstete und neun nationale Bedienstete); vor Ausbruch des Konflikts waren es 14 Mitarbeiter. Da die Vereinten Nationen die für Kiew geltende Anweisung zur Verlegung im Juli 2022 aufgehoben haben und die abschließende Verantwortung für die Sicherheit des Personals bei den einzelnen UN-Organisationen liegt, hat die IAO detaillierte Pläne für eine schrittweise Rückkehr des Personals nach Kiew ausgearbeitet. Diese wurden nach einer Mission des IAO-Sicherheitsteams vom Krisenkoordinierungsausschuss der IAO gebilligt. Die IAO hat den nationalen Koordinator und den Sicherheitsbeauftragten Anfang 2023 nach Kiew verlegt, um einen engeren Austausch mit den Mitgliedsgruppen, dem UN-Landesteam und der lokalen Gebergemeinschaft zu gewährleisten. Alle anderen Mitarbeiter arbeiten vorläufig weiterhin außerhalb Kiews und werden im Laufe des Jahres 2023 zurückkehren, sobald es die Sicherheitslage und die Verfügbarkeit öffentlicher Versorgungsleistungen wie Strom und Heizung zulassen. Die Pläne der IAO für eine schrittweise Rückkehr nach Kiew haben umfangreiche zusätzliche Investitionen in die Sicherheit des Personals erforderlich gemacht. Dazu zählen: i) die Einstellung eines IAO-Sicherheitsassistenten in Vollzeit; ii) die Anschaffung eines gepanzerten Fahrzeugs für den Transport des Personals in Gebiete mit erhöhtem Sicherheitsrisiko und iii) die Anmietung neuer Büroräume, die gemäß den Standards der Hauptabteilung Sicherheit der Vereinten Nationen (UNDSS) als sicher gelten. Die Büroräume wurden vorläufig beim Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) angemietet, die Finanzmittel für 2023 stehen zur Verfügung und der Mietvertrag wird derzeit ausgearbeitet.

³⁶ Diese Mittel waren für Aserbaidschan und Usbekistan zugewiesen.

³⁷ Nähere Angaben siehe „Uzbekistan Vision 2030 Fund“.

³⁸ Die Internationale Organisation für Migration; die Internationale Fernmeldeunion; das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte; das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen; die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur; der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen; das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen; das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung; UN Women und die Weltgesundheitsorganisation.

40. Das Amt kann bestätigen, dass das DWT/CO–Moskau weiterhin über die erforderliche operative Kapazität verfügt, um die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe, die es für sämtliche Länder der Subregion leistet, zu gewährleisten. Das Amt hat kürzlich drei offene Stellen mit Fachspezialisten besetzt, und sämtliche Mitarbeiter sind Moskau als ihrem Dienstort zugeteilt. Die Beschäftigten haben weiterhin die Möglichkeit, flexibel von außerhalb ihres Dienstortes Telearbeit zu leisten, solange eine Mindestanzahl internationaler Bediensteter in Moskau anwesend ist und die ungehinderte Durchführung der programmatischen Arbeit für die Programmländer gewährleistet ist. Zur Wahrung ihres Wohlbefindens haben die Beschäftigten darüber hinaus Anrecht auf zusätzlichen Heimaturlaub. Die Fortführung der Tätigkeiten des Büros steht im Einklang mit den jüngsten Sicherheitsbewertungen der UNDSS in Moskau.

► **Beschlussentwurf**

41. In Anbetracht der in der Vorlage GB.347/INS/16 dargelegten Entwicklungen in der Ukraine und der auf seiner 344. Tagung (März 2022) angenommenen Entschließung zur Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) hat der Verwaltungsrat:
- a) Kenntnis von den in der Vorlage enthaltenen Informationen genommen;
 - b) seine überaus tiefe Besorgnis über die anhaltende, von der belarussischen Regierung unterstützte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und ihre aktuellen Auswirkungen auf die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die demokratisch gewählte Regierung – in der Ukraine sowie auf die Arbeitswelt außerhalb der Ukraine bekräftigt;
 - c) die Russische Föderation erneut nachdrücklich aufgefordert, ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen;
 - d) die Russische Föderation ein weiteres Mal nachdrücklich aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen, einschließlich des Seearbeitsübereinkommens von 2006 (MLC, 2006) in seiner geänderten Fassung, insbesondere in Bezug auf die Rückführung von Seeleuten und den Zugang zu medizinischer Versorgung; des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, in Bezug auf die Exposition von Arbeitnehmern gegenüber ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit und des Übereinkommens (Nr. 29) über Zwangsarbeit, 1930, sowie des dazugehörigen Protokolls von 2014 ergeben;
 - e) erneut seine ungebrochene Unterstützung für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine bekräftigt, den Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, namentlich anlässlich der bevorstehenden internationalen Geberkonferenzen für Erholung und Wiederaufbau, und den detaillierten Plan zur Stärkung der Präsenz der IAO in der Ukraine begrüßt;
 - f) den Generaldirektor ferner ersucht, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder in der Subregion Osteuropa und Zentralasien auszuweiten;
 - g) den Generaldirektor ersucht, die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu beobachten und dem

Verwaltungsrat auf seiner 348. Tagung (Juni 2023) über die Entwicklungen vor dem Hintergrund der EntschlieÙung Bericht zu erstatten, namentlich über die fort-dauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen, mit der Überwachung von Menschenrechtsverletzungen befassten UN-Gremien und über die Situation der Seeleute und der Beschäftigten in der Atomindustrie.